

Europas Gegenbewegungen. Euroskeptische Verflechtungen von den Anfängen der Europäischen Integration bis heute

Unter dem Titel „Europas Gegenbewegungen. Euroskeptische Verflechtungen von den Anfängen der Europäischen Integration bis heute“ schließen sich die drei Institute der Max Weber Stiftung in London, Rom und Warschau mit dem Hamburger Institut für Sozialforschung zusammen und ermöglichen so interdisziplinäre und internationale Perspektiven auf ein europäisches Thema. Das Projekt erforscht eurokritische Stimmen in Vergangenheit und Gegenwart. Denn nicht erst die Flüchtlingskrise und die Covid-19-Pandemie haben den europäischen Zusammenhalt auf eine große Probe gestellt. Vielmehr gingen die europäische Idee und die Skepsis gegenüber Europa von jeher Hand in Hand. Dementsprechend ist weder ein Verständnis der Vergangenheit noch eine zukünftige Förderung von Zusammenhalt in Europa möglich, wenn nicht gleichzeitig die Skepsis gegenüber der europäischen Einigung in die Überlegungen mit einbezogen wird.

Geht das Konzept der Euroskepsis ursprünglich auf britische Medien der 1980er Jahre zurück, in denen es für Gegner des Beitritts zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verwendet wurde, wird der Begriff mittlerweile in ganz unterschiedlichen Kontexten genutzt. Denn die Kritik an der europäischen Integration ist aus ganz unterschiedlichen Perspektiven verbreitet und setzt lediglich einen Bezug zu Europa voraus. Es gibt daher nicht eine Form der Euroskepsis, sondern eine Pluralität europäischer Positionen, die im neuen Forschungsvorhaben beleuchtet werden sollen.

Als grenzüberschreitend arbeitende Forschungseinrichtung mit Instituten, Außenstellen und Projekten in insgesamt 15 Ländern ist die Max Weber Stiftung ein wichtiger Akteur in der europäischen Wissenschaftslandschaft und widmet sich in diesem neuen Forschungsprojekt dem Thema des europäischen Zusammenhalts. Das dreijährige Forschungsvorhaben wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit rund 1,5 Millionen Euro gefördert und nimmt seine Arbeit zum 1. April 2021 auf.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung